



Heuchlerische Finanzpolitik

Dass es um die Finanzen der Stadt nicht zum Besten steht, ist hinlänglich bekannt. Bislang konnte jedoch guten Gewissens verkündet werden, dass die Probleme nicht hausgemacht sind, sondern auf zu vielen von Land und Bund übertragenen Aufgaben und zu hohen von Dritten geforderten Standards beruhen, für die das erforderliche Geld von Land und Bund nicht zur Verfügung gestellt wird. Leider haben sich aber in jüngster Zeit, auch hausgemachte Probleme hinzugesellt, die aber mal unter Meinungsführerschaft der CDU, mal unter Meinungsführerschaft der SPD – so wie man es halt aus Berlin gewohnt ist – bestritten, verniedlicht oder einfach unter den Teppich gekehrt werden.

Hier einige Kostproben dieses Tuns sowohl von der Einnahmen- als auch Ausgabenseite her betrachtet:

- Aufgrund eines vom ehemaligen Bürgermeister persönlich zu verantwortenden Organisationsversagen entsteht der Stadt bei der Abrechnung von Anliegerbeiträgen ein Schaden von 656.163,85 €. Das permanente Nachhaken der **WNK UWG FREIE WÄHLER**, dass doch versucht werden muss, dieses Geld vom Verantwortlichen bzw. dessen Haftpflichtversicherung zu bekommen, stößt jedoch in den Gremien auf wenig Gegenliebe sondern produziert Schulterzucken und Verwaltungsvorlagen, die ausführlich beschreiben, was alles nicht geht.
- Eine städtische Liegenschaft wird über 1 Mio. € unter Wert an einen

Investor verkauft, damit dieser zu seinem Wunschpreis dort den von CDU, SPD und GRÜNEN gewünschten „ausreichenden“ Leuchtturm verwirklichen kann.

- Sportvereinen und Initiativen wurden Hallenbenutzungsgebühren abverlangt, ein Hohn für die Nutzung derart maroder Einrichtungen noch Gebühren zu nehmen, eher müssten den Vereinen Prämien gezahlt werden, dass sie diese Zustände schon seit Jahren hinnehmen.
- Bei den Straßenausbaubeiträgen soll das Verhältnis der Kostenverteilung zwischen Stadt und Bürger zu Lasten der Bürger verschoben werden, ohne dass die Bürger dafür ein Mehr an Leistung bekommen.
- Lieblingsidee der SPD ist es, zukünftig die Außengastronomie zu besteuern, obwohl schon zigmal berechnet wurde, dass Aufwand und Ertrag einer solchen Steuer in keinem Verhältnis stehen.
- Für „Die Tafel“ gelingt es aber seit Jahren nicht, als Ersatz für die maroden Container eine annehmbare Alternative zu finden, weil die Stadt sich nicht zuständig fühlt und auf fehlendes Geld verweist.

Richtig spannend wird es dann aber, wenn **WNK UWG FREIE WÄHLER** unangenehme Fragen zu bestimmten Ausgaben stellen. Da entfährt dem SPD-Fraktionsvorsitzenden – der Instanz im Rat hinsichtlich Moral und Intellekt schlechthin – ein „Igit“, weil die **WNK UWG FREIE WÄHLER** sich erdreistet hat zu fragen, wie hoch der Aufwand für

die elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge oder für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ist, die in Wirklichkeit nicht minderjährig sind und wie hoch die Kosten sind, die bei der Stadt Wermelskirchen für die Versorgung von Flüchtlingen verbleiben.

Bei diesen Themen wird dann das Haushaltssicherungskonzept schnell zur Makulatur, die Keule des Rassismus und Rechtsradikalismus ausgepackt, nur weil alle Aspekte der Finanzpolitik beleuchtet und bearbeitet werden sollen und es hierbei auch welche gibt, die politischen Kräften aus ideologischen Gründen lieber nicht beleuchten möchten.

Beschlüsse, die eine solche asymmetrische Verantwortung und Lastenverteilung, bei der sich Land und Bund für ihr Tun feiern lassen, die Ratsmehrheit aus CDU, SPD und GRÜNEN sich Leuchttürme genehmigt und die Bürger Wermelskirchens die Zeche am Ende des Tages zahlen, hat die **WNK UWG FREIE WÄHLER** nie mitgetragen und wird sie auch zukünftig nicht tragen!

Zukunftsausschuss unter Vorsitz der WNK UWG FREIE WÄHLER

Der am 10.12.2018 vom Rat neu gebildete Zukunftsausschuss wird von Dirk Wartmann (**WNK UWG**) geleitet.



Dirk Wartmann

Der Zukunftsausschuss ist einer der wichtigsten Ausschüsse des Rates. Es fallen Beratung und Empfehlung folgender Themen in seine Zuständigkeit:

- Leitbildentwicklung der Stadt Wermelskirchen
- Entwicklung von Wermelskirchen bezüglich Wohnen, Arbeiten, Infrastruktur
- Stadtentwicklungs- und Handlungskonzepte
- Städtischen Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing
- Demographischen Entwicklung, sowie anderer zukunftsweisender Prognosen
- Entwicklung Wermelskirchens bezüglich Mobilität
- Digitalisierungskonzepte

Insbesondere wird es Thema im Zukunftsausschuss sein, wohin sich Wermelskirchen hinsichtlich seiner Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft bewegen wird. Nur mit einer Steigerung der Bevölkerung im Sinne des Antrags „Wermelskirchen 40.000plus“ der **WNK UWG FREIE WÄHLER** und einer zusätzlichen Ausweisung von Gewerbeflächen werden die für die in den nächsten 10 Jahren geplanten wichtigen und richtigen Investitionen ohne neue Schulden und ohne Steuererhöhungen gestemmt werden können.

Parkplätze, die aus links-grüner Sicht keiner braucht...

Seit Jahren hat sich die **WNK UWG FREIE WÄHLER** dafür eingesetzt, dass im Bereich des Stadtteils „Kirch“ zusätzliche Parkplätze entstehen – ein Ansinnen für das die **WNK UWG FREIE WÄHLER** von Seiten der links-rot-grünen ideologischen Autobekämpfer stets mit Spott und Häme überzogen wurde.

Aber die **WNK UWG FREIE WÄHLER** hat sich nicht beirren lassen und ist am Ball geblieben, hat mit Anträgen nicht locker gelassen und Ratsmehrheiten organisiert.

Heute kann man auf drei neue Parkeinrichtungen blicken, die alle permanent gut genutzt werden und Kunden und Geschäften in der Stadt zu Gute kommen.

Für die **WNK UWG FREIE WÄHLER** ist klar, dass gut erreichbare und kostenlose Parkplätze ein unabdingbarer Standortfaktor für den Einzelhandel in Wermelskirchen sind.



Taubengasse



Berliner Straße



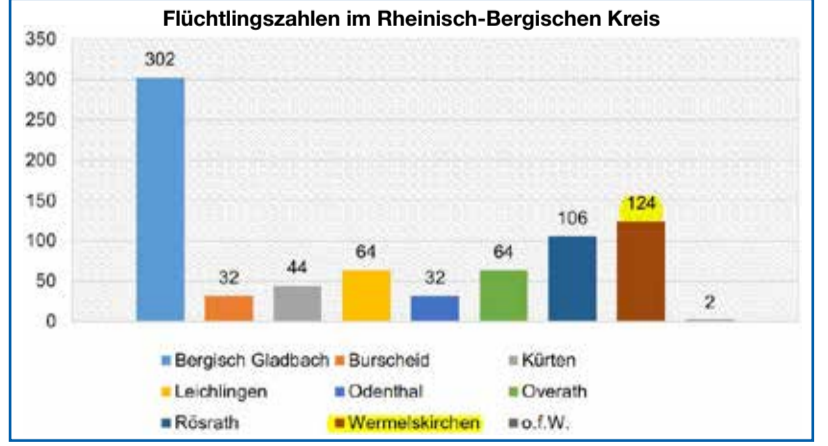
Platz unter Weihnachtsbaum

Geduldete Flüchtlinge und die Kosten

Auch wenn es mittlerweile in diesem Land „gefährlich“ ist, bestimmte Themen anzusprechen und kritische Fragen dazu zu stellen, lässt sich die **WNK UWG FREIE WÄHLER** davon nicht beeindrucken. So waren mehrere Anfragen erforderlich, um überhaupt einmal an gesichertes Zahlenmaterial zu kommen.

Der Kreis teilte letztendlich dankenswerterweise auf Anfrage nachfolgende Zahlen mit:

ken weder die Betroffenen noch deren Auslandsvertretung an der Aufklärung der Identität mit. Ohne einen Pass oder ein Passersatzpapier kann eine Rückführung (freiwillig oder zwangsweise) nicht durchgeführt werden.“ Dass sich hier der Rechtsstaat nicht durchsetzen kann, ist schon schlimm genug. Viel schlimmer ist, dass die finanziell ohnehin klammen Städte und Gemeinden dann noch auf Kosten für dieses Versagen sitzen bleiben und



Interessant ist zudem ein Hinweis den der Kreis in der Beantwortung einer Anfrage der **FREIE WÄHLER** in der Kreistagssitzung am 06.12.2018 gab: „Eine (sofortige) Rückführung scheidet überwiegend, d. h. bei 365 Personen, an der nicht geklärten Identität bzw. Nationalität der Betroffenen sowie deren fehlenden Mitwirkung bei der Passbeschaffung. Vielfach wir-

diese aus ihren eigenen Haushalten zu tragen haben. Die **WNK UWG FREIE WÄHLER** haben daher eine Petition an Bundestag und Landtag wie auch an die Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten gestellt, in der sie die Übernahme von 100% der Kosten durch Bund und Land fordern, um die Kommunen zu entlasten.

Vermischtes – in einem Satz

Ja zum **Jugendfreizeitpark** – nein zu 750.000 € Kosten: Nachdem der Rat Ende 2016 einen Jugendfreizeitpark zum Preis von 290.000 € beschlossen hatte, steht der nunmehr vorgelegte Entwurf zu einem fast dreimal höheren Preis für die **WNK UWG FREIE WÄHLER** in keinem Verhältnis zum für andere Sportarten betriebenen Aufwand.

Dass auf der **Telegrafstraße** wieder **Radfahrer entgegen kommen könnten**, hätten die Bürger einem Herrn Frank Schopp-hoff zu verdanken, der die Stadt Wermelskirchen per Gerichtsverfahren dazu zwingen will, diesen Unsinn wieder zuzulassen; die **WNK UWG FREIE WÄHLER** hat diesem neuerlichen Unsinn die Zustimmung verweigert, steht sie bei den Bürgern im Wort, Änderungen in der Telegrafstraße erst dann mit zu tragen, wenn der Loches-Platzes fertig gestellt ist und aufgrund der daraus resultierenden veränderten Verkehrsströme ein Verkehrskonzept erstellt worden ist, zu dem die Bürger verbindlich befragt werden.

Die **Modernisierung der Ampelsteuerungen mittels aufgesetzter Kameras** hält die **WNK UWG FREIE WÄHLER** für eine Möglichkeit, Staus sowie überflüssige Wartezeiten für Autos, Radfahrer und Fußgänger deutlich zu verkürzen.

Die **WNK UWG FREIE WÄHLER** hofft, dass im Rahmen des IEHK die **Tafel** schnell ein neues Domizil erhält; diese Forderung der Tafel wird von der **WNK UWG FREIE WÄHLER** seit Jahren bei jeder sich bietenden Gelegenheit unterstützt.

Beim Thema **Hausärztliche Versorgung** wird die **WNK UWG FREIE WÄHLER** nicht locker lassen, bis sich die Unterversorgung nachhaltig gebessert hat und Vorschläge des Krankenhauses zur Verbesserung der Situation durch die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein umgesetzt sind.

Die **WNK UWG FREIE WÄHLER** wird sich weiter dafür stark machen, dass nach dem Prinzip „Fordern und Fördern“ eine **Gemeinnützige Beschäftigungsgesellschaft** zur (Wieder-)Eingliederung von Empfängern von Transferleistungen in den ersten Arbeitsmarkt gegründet wird.

Die **WNK UWG FREIE WÄHLER** hat die Prüfung der Einrichtung eines **Haustierfriedhofs** beantragt.

Die **WNK UWG FREIE WÄHLER** setzt sich für ein Netz von **Mountainbike-Strecken** ein, um Konfliktsituationen mit Wanderern, Hundehaltern und Reitern zu reduzieren.

Eine eigene Meinung haben = „braun“ oder „rechts“ sein?

Mittlerweile läuft es in diesem Land so ab, dass wer eine Meinung hat, die bestimmten Kreisen nicht passt, reflexartig mundtot gemacht wird, indem ihm einfach unterstellt wird, er sei „braun“ oder „rechts“.

Das Ganze wird stilistisch dann noch mit einer bestimmten Wortwahl garniert: wer die richtige Meinung vertritt, hat eine „Haltung“, wer eine nicht genehme Meinung vertritt, hat eine „Gesinnung“.

Insbesondere wenn man sich mit dem Versagen, den Verfehlungen und Rechtsbrüchen der Bundeskanzlerin auseinandersetzt, gerät man schnell in einen Bereich, der irgendwo zwischen Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung angesiedelt ist. Dabei lohnt es sich durchaus, einige zentrale Politikfelder einmal auf den Prüfstand zu stellen:

Gesellschaftswissenschaftler, Politikwissenschaftler, Wirtschaftswissenschaftler, Naturwissenschaftler etc. erschauern bei objektiver Betrachtung der „Bilanz“ dieser Kanzlerin:

1. Aussetzung der Wehrpflicht: Die Demontage der Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft und daraus resultierend das Ende des Zivildienstes haben schlimme Auswirkungen insbesondere im Sozialbereich.

2. Verrat an der Stabilität des Euro: Die Altersversorgung von Millionen Menschen wurde aufgrund der Niedrigzinspolitik der EU geopfert, die Finanzierung von Engagement im sozialen, sportlichen oder kulturellen Bereich mittels Stiftungen faktisch zerschlagen.

3. Die Eurozone wurde in eine Transfer- und Schuldenunion umgewandelt. Deutschland und andere stabile Volkswirtschaften zahlen für die Misswirtschaft u.a. in Griechenland, um internationale Großbanken zu retten.

4. Die Freundschaft mit Russland wurde zerstört. Das aggressive US-amerikanische Vorgehen in Osteuropa wurde unterstützt, insbesondere in der Ukraine.

5. Unsere europäischen Nachbarn werden permanent bevormundet und belehrt, was letztendlich auch den Ausschlag für den Brexit gab. Die Menschen in unseren Nachbarländern haben keine Lust, zukünftig von Berlin via Brüssel bevormundet zu werden, was sie zu tun und zu lassen haben.

6. Atomausstieg und Energiewende: Jedem Naturwissenschaftler muss es grauen, wenn der Technologieführer der Kernkraft, ein Land ohne Erdbeben und

Tsunamis aus der Kernenergie aussteigt, weil in Japan ein Kraftwerk „durchgebrannt“ ist, und er sich bei der Energiewende an die Spitze der Spinnereien hinsichtlich des Klimawandels setzt.

7. Flüchtlingspolitik: Kein normaler Bürger wäre noch auf freiem Fuß geschweige denn im Amt, wenn er gleichzeitig das Grundgesetz, Dublin-III, das Schengen-Abkommen und die Einreisegesetze missachten würde.

Das alles ist nur möglich, weil diese links-grüne von Altachtundsechzigern inspirierte Mischung aus Politik, Medien, Justiz, Kirchen, vermeintlich intellektueller Szene und der so genannten Zivilgesellschaft wie Pech und Schwefel zusammenhält, um „ihr“ nicht „braunes“ sondern buntes Deutschland zu bauen, das aber so nur eine Minderheit will.

Gottlob gibt es nunmehr dagegen Widerstand, dem sich auch die **WNK UWG FREIE WÄHLER** zugehörig fühlt und der diesem Spuk ein Ende setzen und das Land langfristig seinen Bürgern in jedweder Hinsicht zurückgeben wird.

Wir kümmern uns...

... auch um „Kleinigkeiten“ die die Bürger bewegen!

Vor allem Senioren hatten den Wunsch an die **WNK UWG FREIE WÄHLER** gerichtet, die Treppen am Eingang zum Friedhof mit zwei Handläufen zu sichern:



In der Thomas-Mann-Straße wurde ein maroder Bürgersteigabschnitt auf Bitte der **WNK UWG FREIE WÄHLER** repariert:



Nach zahlreichen Klagen der Eltern hat die **WNK UWG FREIE WÄHLER** darum gebeten, die Pflege der Kinderspielfläche zu intensivieren:



Die **WNK UWG FREIE WÄHLER** trug die Wünsche der Verwaltung vor, die sie gerne umsetzte. Wir danken hierfür dem Technischen Beigeordneten Thomas Marnier und seinem Team!

Der Elefant im Raum



Quelle: Adobe Stock

Wikipedia: „Der Elefant im Raum ist eine aus dem angelsächsischen Sprachraum stammende Metapher (elephant in the room), die seit der Jahrtausendwende auch im deutschen Sprachraum an Popularität gewonnen hat. Der Anglizismus bezeichnet ein offensichtliches Problem, das zwar im Raum steht, aber dennoch von den Anwesenden nicht angesprochen wird.“

Die Gründe für das Schweigen können vielfältiger Natur sein, beispielsweise die Angst vor persönlichen Nachteilen und Repressalien oder die Furcht, jemanden (womöglich direkt Anwesenden) zu verletzen, ein Tabu zu brechen oder die ungeschriebenen Regeln politischer Korrektheit zu missachten.“

Auch in Wermelskirchen gibt es solche Elefanten, interessanter Weise

aber immer bei den Themen, die dem links-grünen Spektrum wichtig und ihre heiligen Kühe sind:

So wird die **WNK UWG FREIE WÄHLER** regelmäßig auch von Teilen der Medien „angeschossen“, wenn sie sich „erdreistet“ Themen wie die Kosten der Flüchtlingspolitik für den städtischen Haushalt, möglichen Missbrauch bei der Erlangung sozialer Leistungen, die Heranziehung von Empfängern sozialer Leistungen zu Arbeiten für die Allgemeinheit oder die Sinnhaftigkeit eines Jugendfreizeitparks mit Kosten von 750.000 € in Abwägung zu anderen sinnvolleren und wichtigeren Maßnahmen wie eine neue Bleibe für die Tafel, grüne Asche für den Sportplatz Dhünn, oder den Loches-Platz mit all seinen Merkwürdigkeiten zu hinterfragen und kritisch anzusprechen.

Die **WNK UWG FREIE WÄHLER** wird sich jedoch von diesen „freundlichen“ Ansprachen, die meistens immer die Wörter „rechts“, „Populist“ und „Hetze“ – entweder alleine oder beliebig kombiniert – enthalten, nicht davon abhalten lassen, die in bestimmten Kreisen unbequemen Themen weiter anzusprechen.

Fake-News

In einer örtlichen Tageszeitung war am 10.11.2018 zu lesen:

Das politische Gezerre um die Loches-Platz-Bebauung dringt nach außen. Es schadet dem Image der Stadt. Ein Investor, der hier ansiedeln wollte, ist schon abgesprungen. Das ist ein alarmierendes Zeichen. Keine neuen Hürden für das Loches-Platz-Projekt!

Umfangreiche Recherchen bei 8!!! Mitarbeitern der Verwaltung, darunter dem Bürgermeister, allen Beigeordneten und den Kämmerern, also dem gesamten

Verwaltungsvorstand sowie mit solchen Themen befassten Mitarbeitern bei der Wirtschaftsförderung und den Liegenschaften ergaben dann folgendes Bild: ein Mitarbeiter hatte gerücheltweise davon gehört, konnte sich aber weder an die Quelle noch den Zusammenhang noch den Investor erinnern geschweige denn einen Zusammenhang zwischen einem Absprung und dem Loches-Platz bestätigen.

Das Beispiel zeigt aber auch „schön“ auf, wie bestimmte Kreise in Sachen Loches-Platz „arbeiten“, um „ihren Leuchtturm“, so schlecht er auch sein mag, durchzudrücken, aber auch in erschreckender Weise, wie selbst die Medien manipuliert werden und sich manipulieren lassen.

Populisten allerorten...

Das Wort Populist kommt aus dem Lateinischen und leitet sich von populus = das Volk ab. Politiker werden als Volksvertreter bezeichnet. Insofern sollten Politiker doch Populisten sein, weil sie ihr Volk und dessen Meinung vertreten.

In der Realität sieht es dann allerdings anders aus: die links-grüne Schickeria, die moralische Instanz in diesem Land und die mit ihr verbundenen Leitmedien verwenden das Wort Populist als Schimpfwort. Dabei spielt die politische Ausrichtung der damit belegten Politiker überhaupt keine Rolle mehr: Sahra Wagenknecht von den Linken trifft es genauso wie Boris Palmer von den Grünen, die „Granden“ der AfD ohnehin täglich, Horst Seehofer und Andreas Scheuer von der CSU natürlich auch und selbstsamerweise sogar einen berühmten Sohn unserer Stadt, den FDP-Vorsitzenden Christian Lindner, kurzum jeden Politiker der der ewigen Kanzlerin und dem links-grünen vermeintlichen Mainstream wo auch immer widerspricht.

Mittlerweile hat das Populisten-Bashing auch Wermelskirchen erreicht:

Unangefochtener Spitzenreiter der Basher sind hierbei einige Kollegen der SPD, die egal bei welchem Thema und jeder Meinung, so sie ihnen denn nicht passt, ihrem Gegenüber im spätestens dritten Satz als Populisten bezeichnet.

Wer allerdings aus ideologischen Gründen so agiert, wen Bürgermeinungen nicht interessieren und wer die als Populisten diffamiert, die sich um die Bürgermeinung kümmern, darf sich nicht wundern, wenn er in Umfragen bundesweit bei 15% und darunter rangiert.

Die **WNK UWG FREIE WÄHLER** lassen sich von diesen Angriffen nicht beirren. Sie sind weiterhin für die Bürger da, greifen die Themen, Sorgen und Wünsche der Bürger auf, bringen sie in die politische Arbeit ein und berichten auch an dieser Stelle regelmäßig, wie seitens politischer Konkurrenten damit umgegangen sind.

Das Ende ist nah!

Diesen Satz religiöser Gruppierungen hat gewiss jeder schon gehört. Aber kaum einer weiß, dass sich ein zweiter Satz anschließt: „Seid gehorsam!“

Heutzutage erreicht diese Botschaft der apokalyptischen Reiter ein größeres Publikum normalerweise nur noch in Verbindung mit Comedy. Anders ist es, wenn sich die links-grünen apokalyptischen Reiter von SPD, Grünen, Linken bis hin zu Antifa und Autonomen auf den Weg machen und die Wiederkehr des Führers und die unmittelbar bevorstehende Errichtung des vierten Reiches prophezeien: Mahnwachen, Konzerte und Schweigemärsche, geschickt von den Staatsmedien mit Brennpunkten zur besten Sendezeit medial in Szene gesetzt, vermitteln die Botschaft in jedes Wohnzimmer: „Seid gehorsam!“ Die Botschaft der (Um-)Erziehung: Wir sagen Euch, was Ihr denken, meinen, sagen, ach ja und wählen sollt und müsst. Ansonsten ist das Ende nah! Weniger Euer Ende als unser Ende, denn darum geht es letztendlich. Das Ende jener Gesinnungspolizei, die sich diesen Staat meiningstechnisch seit Jahren zur Beute macht, die Bürger

bevormundet und gängelt, was gesagt, getan, gedacht, gewählt werden darf und nicht.

Zu allem Überfluss ist bei dieser Clique das linke Auge sauber abgeklebt, gibt es aus deren Sicht „legitime“ Gewalt, Fehlentwicklungen zu bekämpfen. Da ist es dann halt in Ordnung, im Schanzenviertel oder Hambacher Forst Polizisten mit der Zwillie zu beschließen, mit Steinen, Molotowcocktails oder Fäkalien zu bewerfen – es ist ja eine gute Gewalt für eine gute Sache.

Diese Sichtweise wiederum „bekämpft“ die **WNK UWG FREIE WÄHLER**. Es gibt keinen Grund und keine Legitimation, sich in diesem Land nicht an Gesetze zu halten und Gewalt auszuüben – weder gegen Polizisten noch gegen Nichtdeutsche. Wer sich daran nicht hält, muss die gesamte Macht des Rechtsstaats zu spüren bekommen, gleich ob er rechts oder links motiviert handelt!

Hilfreich wäre in diesem Zusammenhang natürlich auch, wenn die Mitglieder der Bundesregierung angefangen bei der Bundeskanzlerin sich ebenfalls an Recht und Gesetz halten würden und nicht selber durch ihr Handeln die staatliche Ordnung gefährden würden.

Impressum:

Herausgeber: WNK UWG FREIE WÄHLER – Unabhängige Wählergemeinschaft, c/o Stefan Kind, Dörfeldstraße 14, 42929 Wermelskirchen, Telefon: 02196/8984401

Verantwortlicher Redakteur: Henning Rehse, Goethestraße 33, 42929 Wermelskirchen, Telefon: 02196/3933

Redaktion: Bettina Bernhard, Rüdiger Bornhold, Dr. Werner Güntermann, Hermann Opitz, Thorn Seidel, Dirk Wartmann

Satz und Layout: print & neue medien, J. Wilhelm, Remscheid

Druck: Flyeralarm · Auflage: 17.000